



Ganztagsschule (in Pirmasens)

BERT BOSTELMANN / BILDFOLO

FÖDERALISMUS

Der Bund macht Schule

Im Tauziehen um den Milliardenzuschuss für 10 000 zusätzliche Ganztagschulen zeichnet sich ein Kompromiss zwischen Bundesregierung und Ländern ab. Der Bund möchte sich vertraglich zusichern lassen, dass die Länder die vier Milliarden Euro aus Berlin bis 2007 tatsächlich für den geplanten Zweck verwenden und nicht einfach in den allgemeinen Haushalt einstellen. Außerdem pocht die Regierung auf Mitsprache bei der Gestaltung des Programms. Es gehe um eine „gezielte frühe individuelle Förderung“ mit „hohem Anwendungs- und Praxisbezug“ in den Ganztagschulen, heißt es im Beschluss des Bundeskabinetts.

Trotz heftiger verfassungsrechtlicher Bedenken – Schulpolitik ist gemäß Grundgesetz Ländersache – lenkten mehrere Bundesländer, an der Spitze Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, vergangenen Donnerstag bei einem Gespräch im Kanzleramt ein. In einem Brief an die Bundesregierung hatten die Niedersachsen erklärt, man könne wie beim Zukunftsinvestitionsprogramm für berufliche Schulen verfahren: Da hatte der Bund in einem Präzedenzfall in diesem und im vergangenen Jahr die Ausstattung der Berufsschulen mit Computern finanziert.

GRÜNE

Hilfe für Existenzgründer

Die Grünen wollen Existenzgründer finanziell entlasten. Neu gegründete Firmen mit wenigen Mitarbeitern sollten künftig für fünf Jahre von allen Gewinnsteuern befreit werden, fordert Parteichef Fritz Kuhn. Zudem will die

Öko-Partei die bürokratischen Auflagen für junge Firmen lockern. Danach bräuchten Existenzgründer fünf Jahre lang keiner Industrie- und Handelskammer beizutreten. Handwerksgelegen dürften, anders als heute, schon einen eigenen Betrieb gründen, auch wenn sie noch keinen Meistertitel haben. Deutschland brauche „mehr Investitionen vor allem in mittelständischen Unternehmen“, so der Spitzen-Grüne Kuhn.

DOSENPFAND

Aufkleber gegen Strafen

Umweltverbände und Mehrweg-Fans drohen im Streit um das ab Jahreswechsel vorgeschriebene Dosenpfand in



PETER WEISSNER / ACTION PRESS

Protestaktion

der Getränkewirtschaft Boykotteuren mit Testkäufen ab dem 2. Januar: Wer dann noch Dosen ohne Pfand verkauft, dem drohen Bußgelder von bis zu 50 000 Euro. Der Verband des Deutschen Getränke-Einzelhandels empfiehlt seinen Mitgliedern, die Übergangszeit bis zur Einführung eines bundesweit einheitlichen Systems mit auf die Dosen geklebten Pfandmarken zu überbrücken. Wolfgang Brügel, der Verbandsvorsitzende, will damit vor allem dem Argument der Pfandgegner entgegenzutreten, die Zeit zur Einführung des Systems reiche nicht aus.

Nachgefragt

Mehr Verantwortung?

„Halten Sie es für richtig, die Bundeswehr im Rahmen internationaler Einsätze – so wie ab Februar 2003 in Afghanistan – mit Führungsaufgaben zu betrauen?“



KNUT MÜLLER

	Gesamt	West	Ost	weiblich	männlich
Finde ich richtig	55	58	44	43	69
Lehne ich ab	39	36	52	49	29

NFO-Infratest-Umfrage für den SPIEGEL vom 26. bis 28. November; rund 1000 Befragte; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“ / keine Angabe